

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (9)



28. Mai 2017

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Am 24. Mai 2017 tagte der Wetterauer Kreistag zum letzten Mal vor der Sommerpause. Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten hat zwei Anträge auf die Tagesordnung gesetzt: Es soll ein Sozialbericht für den Wetteraukreis erstellt werden, der diesen Namen auch verdient. Und wir wollen eine Informationsfreiheitsatzung für den Kreis erreichen. Einen Antrag der Grünen für eine ökologisch nachhaltige Beschaffung im Wetteraukreis haben wir unterstützt.

Seit die große Koalition aus SPD und CDU im Wetteraukreis das Sagen hat, werden jedoch Anträge der Opposition ohne großes Federlesen weggestimmt.

Derzeit entwirft der Kreisausschuss eine Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag. Es ist jetzt schon absehbar, dass damit die Arbeit der Opposition weiter erschwert wird.

## **Das sind die Themen dieser Ausgabe:**

1. Rücklicht
2. Antrag DIE LINKE. zur Erstellung eines Sozialberichts
3. Antrag DIE LINKE. / Piraten zur Einführung einer Informationsfreiheitsatzung
4. Antrag die Grünen für eine ökologisch nachhaltige Beschaffung
5. Antrag SPD / CDU: Neue Richtlinie zur Förderung von ganztägig arbeitenden Schulen und Grundschulen mit Betreuungsangebot
6. Antrag SPD / CDU: Schülerticket
7. Verschiedene Anträge der NPD

# RÜCKLICHT



## Sozialgipfel der Linken Hessen

Anja ElFechtali vertrat den Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ beim Sozialgipfel der Linken Hessen am 6. Mai in Frankfurt. Im Podium diskutierten Sozialinitiativen über Hilfsangebote vor Ort. Bei der Linken Hartz4-Hilfe finden Menschen, die Probleme mit dem Jobcenter haben, zwei Mal in der Woche ein offenes Ohr.

## Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben!

Statt die Rüstungsausgaben zu verdoppeln, sollte die Bundesregierung lieber ein Investitionsprogramm für den sozialen Wohnungsbau auflegen. Jedes Jahr müssten 400 000 Wohnungen neu gebaut werden, um dem Wohnungsmangel wirksam entgegenzutreten. Vor allem bezahlbare Wohnungen fehlen. Luxuswohnungen gibt es genug.



## **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Sozialbericht für den Wetteraukreis**

Bisher gab es zwei Sozialberichte für den Wetteraukreis. In allererster Linie waren das Rechenschaftsberichte der Kreisverwaltung. Lediglich das Jobcenter steuerte ein Kapitel bei, das sich mit einem sozialen Brennpunkt befasste.

Wir sehen die bisherigen Sozialberichte nicht als ausreichend an. Dabei wäre es so wichtig, dass die Sozialpolitiker des Kreises auf solide Informationen zurückgreifen könnten. Wie sollen Politiker/innen mit Sachkenntnis entscheiden, wenn sie noch nicht einmal wissen, wie viele gemeindeeigene Wohnungen oder Sozialwohnungen es gibt? Oder wenn sie nicht wissen, wie die Einkommensspreizung im Kreisgebiet ist und wo ärmere und wohlhabende Leute angesiedelt sind. Oder wenn sie nicht darüber informiert sind, welche Schulen Hilfen brauchen, um sozialen Schwierigkeiten entgegenwirken zu können.

Unser Antrag wurde nicht behandelt. Er verblieb im Sozialausschuss. Dort hatte die Sozialdezernentin Becker-Bösch einen erweiterten Sozialbericht angekündigt, der bis Spätsommer 2018 erstellt werden soll. Dazu gab es einen Powerpoint-Vortrag, der erklärte, was der neue Bericht beinhalten soll. Er wird über einen Rechenschaftsbericht hinausgehen, das ist begrüßenswert.

Ob der neue Sozialbericht aber wirklich die sozialen Verhältnisse in der Wetterau erfassen wird, können wir nach diesem Vortrag noch nicht sagen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass nicht alle nötigen Daten zugänglich seien. Außerdem müsse man vorsichtig sein und dürfe die Kommunen nicht mit unliebsamen Daten kompromittieren. Wir denken, dass es nicht Daten über soziale Probleme sind, die eine Kommune kompromittieren. Es ist die Ignoranz dieser Probleme, die sie blamiert.

Unser Antrag ist hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/745-linke-wollen-echten-sozialbericht-f%C3%BCr-den-wetteraukreis.html>

## **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Einführung einer Informationsfreiheitsatzung**

Alle reden von Bürgerbeteiligung und Transparenz. In jedem Parteiprogramm findet sich ein Passus, der das fordert. Doch die Koalition aus SPD und CDU will sich nicht in die Karten schauen lassen. Sie lehnten mit ihrer Mehrheit eine Informationsfreiheitsatzung ab.

Wir haben unseren Antrag so begründet:

„Staat und Politik müssen den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber offen sein und ihre Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen transparent nachvollziehbar machen. Ein Informationsrecht hilft bei der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, wodurch eine erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger möglich wird.

Die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen trägt entscheidend zum Verständnis politischer Abläufe bei und fördert so auch ihre Akzeptanz.

Der Wetteraukreis muss es seinen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich umfassend zu informieren und dadurch das Demokratieverständnis fördern.  
Eine Informationsfreiheitsatzung ist für die Wetterau dringend erforderlich, um der heutigen Informationsgesellschaft gerecht zu werden.  
Die hier vorliegende Satzung wurde im Kreis Waldeck-Frankenberg im Jahr 2013 erfolgreich eingeführt.“

[http://www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/city\\_info/display/dokument/show.cfm?region\\_id=81&id=359386](http://www.landkreis-waldeck-frankenberg.de/city_info/display/dokument/show.cfm?region_id=81&id=359386)

### **Antrag die Grünen: Für eine soziale und ökologisch nachhaltige Beschaffung im Wetteraukreis**

Dieser Antrag forderte den Wetteraukreis auf, öffentliche Aufträge ab 10 000 Euro zwingend nach sozialen und ökologischen Standards zu vergeben. Dies ist nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz möglich. Der Kreis soll Aufträge so erteilen und Dienstleistungen so einkaufen, dass die internationalen Kernarbeitsnormen (nach ILO) erfüllt werden.

Wir haben diesem Antrag zugestimmt. Denn öffentliche Aufträge stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Mit dieser wirtschaftlichen Macht kann man wirksam soziale und ökologische Kriterien einfordern. Das ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Nur die Grünen und wir stimmten dafür.

### **Antrag SPD / CDU: Neue Richtlinien für ganztägig arbeitende Schulen und Grundschulen mit Betreuungsangebot**

Der Schuldezernent legte neue Richtlinien vor. Darin wird der Zuschuss des Wetteraukreises an ganztägig arbeitende Schulen von bisher 600 000 Euro erhöht: 2017 auf 750 000 Euro und 2018 auf 900 000 Euro.

Das war dringend nötig, denn die Schulen mit Ganztagsangebot sind von 46 im Schuljahr 2012/2013 auf 65 im Jahr 2016/2017 angewachsen.

Wir haben uns enthalten. Den Grund legten wir mit dieser Rede dar:

*„DIE LINKE. wird sich zu dieser Richtlinie enthalten.*

*Wir wollen einer Regelung zur Förderung ganztägig arbeitender Schulen nicht wirklich im Wege stehen. Sie gefällt uns aber nicht.*

*Schon den im Schulgesetz und in den Richtlinien der Landesregierung eingeschlagenen Weg finden wir falsch. Wir sind für echte Ganztagschulen und nicht für den ‚Pakt für den Nachmittag‘. Der ist eine Mogelpackung!*

*Echte Ganztagschulen mit einem rhythmisierten Unterricht und multiprofessionellen*

*Teams könnten alle Kinder fördern und Bildungsnachteile ausgleichen. Ein betreutes Mittagessen und eine Hausaufgabenbetreuung, wie das auch hier in der Wetterau meist der Fall ist, können das nicht!*

*Grundsätzlich lehnt DIE LINKE. kostenpflichtige Nachmittagsangebote ab!*

*Gerade mit Ganztagsangeboten könnten Kinder aus einkommensschwachen Familien gefördert werden und auch Kinder, die wenig Unterstützung vom Elternhaus bekommen. Und dann kosten Angebote, die über Hausaufgabenbetreuung und Mittagessen hinaus gehen Geld! Das ist nicht akzeptabel!*

*Ihre Richtlinie sieht die Erhöhung der Mittel für die Paktschulen vor. Wir anerkennen das. Doch Sie wissen selbst, dass diese Erhöhung bei Weitem nicht ausreicht.*

*Jetzt wüssten wir gern: haben sie eigentlich eine Protestnote an die Hessische Landesregierung abgeschickt, in der Sie endlich eine ausreichende Finanzierung des Ganztagsangebots einfordern?“*

### **Antrag SPD /CDU: Schülerticket**

SPD und CDU loben in diesem Antrag das hessenweite Schülerticket, das es für 365 Euro im Jahr geben soll. Besonders freut sie, dass es eine Arbeitsgruppe auf Landesebene gibt, die sich mit „der Weiterentwicklung der Regelung der Schulwegkosten nach § 161 HschG“ beschäftigen wird.

So weit so gut. Das Problem bleibt jedoch bestehen, dass die Kinder das Ticket nicht bezahlt bekommen, die - je nach Alter - zwei oder drei Kilometer vom Schulort entfernt wohnen und nach §161 HschG keinen Anspruch auf Beförderung haben. Wenn sie wohlhabende Eltern haben, werden diese das Ticket bezahlen. Wenn die Eltern arm sind, werden die Kinder laufen. Denn für eine alleinerziehende Mutter im Hartz4-Bezug z. B. sind 365 Euro eine Menge Geld!

Die Grünen haben einen Änderungsantrag gestellt. Sie wollen eine Auswertung, inwieweit das Schülerticket angenommen wird und ob mehr Busse benötigt werden. Diesem Antrag konnten wir zustimmen.

### **Vier NPD-Anträge**

Diesmal stellte die NPD einige Anträge erneut, die früher nicht behandelt wurden.

Der Wetteraukreis solle Großveranstaltungen bezuschussen, damit die Veranstalter einen Sicherheitsdienst bezahlen können. Natürlich ist das nötig, weil soooooo viele Ausländer Randalen machen.

Dann wollen sie den Hessischen Lehrplan ‚Sexualkunde‘ zurückgenommen haben. Liest man die Antragsbegründung, fällt auf, dass sie diesen Lehrplan gar nicht gelesen haben. Wir haben dazu das gesagt:

*„Ein Kind kann nicht früh genug lernen, dass Diskriminierung und Hetze, Gewalt und Unterdrückung keine menschlichen Werte sind, sondern nicht für ein Zusammenleben taugen.*

*„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lautet der Artikel 1 des Grundgesetzes. Und das gilt selbstverständlich auch für Menschen, die anders aussehen, anders leben, anders lieben als die Mehrheit.*

*Ich befürchte, Sie haben den Hessischen Lehrplan Sexualerziehung gar nicht gelesen. Dort steht: „Sexualerziehung soll das Bewusstsein für eine persönliche Intimsphäre und für ein gewaltfreies, respektvolles Verhalten in gegenwärtigen und zukünftigen persönlichen und partnerschaftlichen Beziehungen entwickeln und fördern sowie die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie gemäß Art. 6 Grundgesetz vermitteln. Entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist bei der Sexualerziehung Zurückhaltung zu wahren sowie Offenheit und Toleranz gegenüber verschiedenen Wertvorstellungen zu beachten und jede einseitige Beeinflussung zu vermeiden.“ Wie kann man gegen ein solches Ziel sein?*

*Machen Sie sich locker, meine Herren von der NPD! Hass und hässlich sind wortverwandt!“*

Dann ging es erneut darum, die hier lebenden Türken zur Heimreise aufzufordern: besonders die, die für Erdogan gestimmt haben. Irgendwie ist es der NPD entgangen, dass Wahlen geheim sind und gar nicht festgestellt werden kann, wer für was gestimmt hat... Und zuletzt auch noch ein Antrag zur Geschäftsordnung des Kreistages: sie wollen eine Bürgerfragestunde vor der Kreistagssitzung einführen.

Jetzt haben wir grundsätzlich nichts gegen eine Fragestunde im Kreistag. Aber ausgerechnet die NPD will eine ‚demokratische Streitkultur‘? Das haben wir dazu gesagt:

*„Die Herren von der NPD sind ja in der Vergangenheit nicht gerade durch eine „demokratische Streitkultur“ hervorgetreten. Die Anträge die hier gestellt wurden, atmeten allesamt den Geist der Abschaffung der Grundlagen der Demokratie! Grundlagen der Demokratie sind nicht Rassismus und Ausländerfeindlichkeit! Grundlagen der Demokratie sind nicht Homophobie und die Verunglimpfung von Minderheiten! Das sind nicht Angriffe auf andersdenkende Politikerinnen und Politiker und engagierte Menschen! Das sind auch nicht Linken-bashing und Attacken auf Einrichtungen linker Gruppierungen! Grundlagen der Demokratie sind von all dem das genaue Gegenteil! Und eines möchte ich hier mal betonen: Meinungsfreiheit ist ein Schutzrecht gegenüber dem Staat und kein Arschlochrecht gegenüber den Mitmenschen.“*

Alle NPD-Anträge wurden abgelehnt. Nur der ein oder andere AfD'ler stimmte mit der NPD.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber